

Länderstudie zu Deutschland gibt, zumal an verschiedenen Stellen in den Theoriekapiteln auf den deutschen Fall bzw. die Leistungen deutscher Frauenrechtlerinnen, namentlich Clara Zetkin für die sozialistische Bewegung, verwiesen wird. Was ich als Europaforscherin zudem in den Theoriekapiteln vermisst habe, ist, dass der inzwischen umfangreiche Forschungsstand zum Europäischen Parlament nicht rezipiert wird, etwa in Bezug auf die Entwicklung der Repräsentation weiblicher Abgeordneter im Zeitverlauf (Kap. 3), den Zusammenhang von deskriptiver und substantieller Repräsentation (Kap. 4) oder die Frage politischer Gewalt (Kap. 4). Denn für die vergleichende Partizipations- sowie auch Parlamentarismusforschung ist das Europäische Parlament als einziges, direkt gewähltes transnationales Parlament in der Welt ein interessanter Vergleichsfall. Diese Monita können gleichwohl die Leistungen des Handbuchs als wertvolles Nachschlagwerk – darüber hinaus ausgestattet mit einem sehr großen, hilfreichen Stichwortverzeichnis – nicht substantiell schmälern.

Susan Franceschet, Mona Lena Krook, Netina Tan (Hg.), 2019: The Palgrave Handbook of Women's Political Rights. London: Palgrave Macmillan. 758 S., ISBN 978-1-137-59073-2.

Arn Sauer

Equality Governance via Policy Analysis? The Implementation of Gender Impact Assessment in the European Union and Gender-based Analysis in Canada

REGINA FREY

Der Band von *Arn Sauer* greift ein in der deutschsprachigen Geschlechterforschung bisher wenig diskutiertes gleichstellungspolitisches Themenfeld auf: Folgenabschätzungen von Maßnahmen und Gesetzen auf die Geschlechter bzw. Gleichstellung (Gender Impact Assessment, GIA). Die Dissertationsschrift (in englischer Sprache verfasst) stellt die Frage, wie verbreitet die Instrumente einer solchen Folgenabschätzung sind und wie Politikgestaltende diese wahrnehmen. Außerdem wird dem transformativen Potential der Strategie Gender Mainstreaming am Beispiel des Anwendungsinstrumentes GIA in einem institutionellen Kontext nachgegangen. Konkret interessiert den Autor, inwieweit das Instrument der Geschlechterfolgenabschätzung bekannt ist, tatsächlich genutzt wird und zu einem „reality shift“ (15) in der Organisationskultur beiträgt. Darüber hinaus untersucht Sauer, was geschehen muss, damit Verwaltungshandeln und Programmumsetzungen geschlechtergerechter werden. Mit diesem Thema bewegt er sich im Kern der feministischen Governance-Forschung.

Die Dissertationsschrift ist klassisch aufgebaut. Zunächst wird in das zugrundeliegende Problem eingeführt: den Gender-Bias im Regierungshandeln. Denn das Forschungsparadigma des Autors ist: „(G)endered policy analysis leads to less gender bias in policy making processes and consequently to more democratic, target-group-oriented results that inform better policies and thereby contribute to a more equitable society” (12). Dabei wird auf den Diskurs zu Good Governance und zur Rolle von Wirkungsanalysen eingegangen und die Strategie Gender Mainstreaming mit ihren verschiedenen Instrumenten hierzu in Bezug gesetzt. Zudem entwickelt der Autor aus der Forschungsliteratur zum einen eine Typologie von Gender-Analyse-Instrumenten, die im Bereich der Wirkungsanalysen zu verorten sind; zum anderen Qualitätskriterien für Instrumente des Gender Mainstreaming. Dies dient später als Folie für den empirischen Teil.

Das nachfolgende Methodenkapitel legt die Forschungsperspektive der feministischen Standpunkttheorie dar, führt in den (vergleichenden) Governance-Diskurs ein und klärt über das der Arbeit zugrundeliegende Konzept von Gender auf. Ebenso wird ein Analyse-Rahmen für die Institutionalisierung von GIA in Anlehnung an Caroline Moser und Annalise Moser entwickelt, der den empirischen Teil strukturiert. Zentrale Komponenten und Erfolgsfaktoren sind demnach: das Vorhandensein geeigneter Instrumente, klare Verantwortlichkeit, Kompetenzaufbau, personelle und budgetäre Ressourcen, Wissen sowie Rechenschaftspflicht.

Sauer untersucht zwei empirische Fälle: zum einen Kanada, das auf Bundesebene „Gender-based Analysis“ (GBA) anwendet, und zum anderen die Europäische Kommission, die „Gender Impact Assessment“ (GIA) als Instrument eingeführt hat. Es folgen Darstellungen der politischen Systeme von Kanada und der Europäischen Union (EU). Im Fokus steht dabei die Umsetzung der gleichstellungspolitischen Strategie Gender Mainstreaming: Wie sind Aspekte der Gleichstellung im Verwaltungshandeln verankert und wie wird Politik in Bezug auf Wirkungsanalysen gestaltet? Welche regulatorischen Grundlagen für die Umsetzung von Gender Mainstreaming bestehen jeweils?

Der empirische Teil im engeren Sinne ist nach dem oben benannten Institutionalisierungsmodell für GIA strukturiert und zitiert umfassend Aussagen aus den (teilweise anonymisierten) Interviews mit Expert_innen. Diese stammen einerseits aus dem Bereich der Folgenabschätzung und andererseits aus der gleichstellungspolitischen Facharbeit. In den Kapiteln, die auf Sauers empirischer Arbeit beruhen, werden vor allem die Schwierigkeiten und Hindernisse, aber auch die (kleinen) Erfolge bei der Anwendung und Umsetzung geschlechterpolitischer Wirkungsanalysen sehr anschaulich.

Im letzten Abschnitt werden die Fälle miteinander verglichen. Die Arbeit kommt zum Schluss, dass in beiden Fällen die Umsetzung von Gender Mainstreaming hinsichtlich der Anwendung vorhandener Instrumente der Folgenabschätzung sehr beschränkt geblieben ist. Durch Sauers Vorgehen wird gleichzeitig deutlich, wo die Ursachen der Lücke zwischen Programmatik und Realität zu finden sind. So sieht er die zentrale Gleichstellungsinstitution der EU, das European Institute for Gender Equality (EIGE),

als „institutional outsider to the Commission’s Impact Assessment system and — due to its recent creation — is not (yet) nested“ (415). Als eine Bedingung für ein erfolgreiches Gender Mainstreaming in der Politikfolgenabschätzung plädiert Sauer für die Einrichtung einer Verwaltungseinheit „with system-wide reach and connectivity (...) that is placed near the apex of power“ (415). Diese Einheit müsse zudem Autonomie und eine gute finanzielle wie personelle Ausstattung besitzen.

Offen bleibt, ob die gewählten Beispiele geeignet sind, allgemeine Schlussfolgerungen zur geschlechterpolitischen Folgenabschätzung auch in anderen Ländern zu ziehen. So ist hierzulande formal mit der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (somit die bindende Geschäftsgrundlage der Bundesregierung, BMI 2011) eine durchgängige Berücksichtigung von Gleichstellung in allen Bereichen verbindlich geregelt, also auch in der Gesetzesfolgenabschätzung. Eine Arbeitshilfe „Geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung. Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften“ (BMFSFJ 2007) wurde erarbeitet. Den Gesetzesentwürfen aus den letzten Jahren ist dies jedoch kaum anzumerken. Während es in Österreich bereits Evaluationen zur Wirksamkeit der geschlechterpolitischen Folgenabschätzung gibt, scheint sich hierzulande niemand daran zu stören, dass verbindliche Regelungen in der Praxis des Regierungshandelns weitgehend ignoriert und Gesetze ohne empirische Prüfung als nicht gleichstellungsrelevant markiert werden. Die Frage nach der Möglichkeit von „Equality Governance via Policy Analysis?“ bleibt jedenfalls für das deutsche Regierungshandeln ein Forschungsdesiderat.

Der Band ist ein wichtiger Beitrag zur feministischen Governance-Forschung, gerade aufgrund der Bildung von Analysekr Kriterien und Typologien zur Bewertung von politischem Handeln in Institutionen. Viele Tabellen und Abbildungen tragen zur Veranschaulichung bei. Dennoch bleibt die Arbeit merklich eine voluminöse und nicht leicht zugängliche Dissertationsschrift. Auch fehlen Ausführungen, warum zwei und eben diese beiden Beispiele gewählt wurden, und es stellt sich die Frage, ob nicht schon das Beispiel der EU-Kommission ausreichend Stoff für die bearbeitete Problemstellung geboten hätte.

Arn Sauer, 2018: *Equality Governance via Policy Analysis? The Implementation of Gender Impact Assessment in the European Union and Gender-based Analysis in Canada*. Bielefeld: transcript. 568 S., ISBN 978-3-8394-4376-7.

Online abrufbar: www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4376-3/equality-governance-via-policy-analysis/?number=978-3-8394-4376-7 (16,8 MB)

Literatur

BMFSFJ (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend), 2007: *Geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung. Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften*. Berlin. Internet: www.bmfsfj.de/blob/80438/4873f2f8de41482f90a2e8fa3bb5fdb5/gender-mainstreaming-bei-der-vorbereitung-von-rechtsvorschriften-data.pdf (12.8.2019).

BMI (Bundesministerium des Innern), 2011: *Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO). Verwaltungsvorschrift*. Internet: www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bswvbund_21072009_011313012.htm (12.8.2019).